

Zeitschrift:	Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber:	Auslandschweizer-Organisation
Band:	51 (2024)
Heft:	1: Hinter den Weihrauch-Schwaden zeigen sich die dunklen Abgründe der katholischen Kirche
 Artikel:	Parlament setzt im Bundesrat auf Stabilität
Autor:	Peter, Theodora
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1077478

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parlament setzt im Bundesrat auf Stabilität

Bei der parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrates bleibt die vielbeschworene «Zauberformel» bestehen: Die vier grössten Parteien teilen die sieben Regierungssitze unter sich auf. Doch das Unbehagen gegenüber dem «Machtkartell» wächst.

THEODORA PETER

Die Erneuerungswahlen des Bundesrates vom 13. Dezember 2023 standen ganz im Zeichen der Kontinuität. Eine Mehrheit des Parlamentes wollte nicht an den bisherigen Machtverhältnissen rütteln. So setzt sich der Bundesrat auch in den nächsten vier Jahren aus je zwei Mitgliedern von SVP, SP, FDP sowie einem Mitglied der Mitte zusammen (Seite 13).

Das ungeschriebene Gesetz der «Zauberformel» sieht eine Koalitionsregierung vor, in der die vier grössten Parteien gemäss ihrem Wähleranteil vertreten sind. Nach dem Wahlsieg der SVP und dem Erstarken der SP waren deren Machtansprüche unbestritten. Die beiden grössten Parteien repräsentieren Wähleranteile von 27,9 Prozent (SVP) beziehungsweise 18,3 Prozent (SP).

Deutlich weniger abgestützt ist der Machtanspruch der drittplatzierten FDP: Sie erreichte nach den eidgenössischen Wahlen noch eine Parteistärke von 14,3 Prozent – und liegt damit nur noch hauchdünn vor der Mitte-Partei (14,1 Prozent). Mit anderen Worten: Weshalb die Freisinnigen zwei Bundesratssitze besetzt und die fast gleich starke Mitte «nur» einen, lässt sich kaum rechtverstehen.

Trotzdem verzichtete die Mitte-Partei im Dezember darauf, zulasten der FDP einen zweiten Regierungssitz einzufordern. Begründet wurde dies mit dem «Respekt vor den Institutionen». Man wolle keine amtierenden Bundesräte abwählen, machte Mitte-Präsident Gerhard Pfister schon frühzeitig klar. Denn die bisherigen FDP-Regierungsmitglieder Ignazio Cassis und Karin Keller-Sutter stellten sich für eine neue Amtsperiode zur Wahl. Auch die SVP plädierte angesichts von Krisenzeiten für Stabilität – und wollte naturge-



mäss ihren Bündnispartner im rechten Lager nicht ohne Not schwächen.

Grüner Angriff scheitert

Zum Angriff auf einen der beiden FDP-Sitze bliesen jedoch die Grünen als fünftgrösste Partei. «Eine Regierung ist dann stabil und stark, wenn so viele Wählerinnen und Wähler wie möglich darin vertreten sind», erklärte Fraktionschefin Aline Trede. Die Grünen repräsentieren einen

Das strahlende Lachen des Neuen: Beat Jans ersetzt im Bundesrat den zurückgetretenen Alain Berset. Mit dem Sozialdemokraten Jans ist der Kanton Basel-Stadt nach 50 Jahren wieder in der Landesregierung vertreten.
Foto Keystone

Wähleranteil von knapp 10 Prozent. «Damit sind wir arithmetisch näher an einem Bundesratssitz als die FDP mit ihren 14 Prozent an zwei Bundesratssitzen.» Auch die kleineren Grünenliberalen (GLP, Parteistärke 7,6 Prozent) kritisierten, der Wählerwille sei in der aktuellen Zusammensetzung zu wenig berücksichtigt. «Ein Viertel der Wählerschaft ist nicht im Bundesrat vertreten», gab GLP-Fraktionschefin Corina Gredig zu bedenken. Es sei deshalb legitim, den zweiten Sitz der FDP in Frage zu stellen.

Der grüne Kampfkandidat Gerhard Andrey scheiterte aber letztlich klar, und beide FDP-Regierungsmitglieder wurden komfortabel im Amt bestätigt. Das lag auch daran, dass die SP bei diesen Gesamterneuerungswahlen wenig Lust verspürte, die geltende «Zauberformel» aufzubrechen. Denn

Kleinere Parteien bleiben im Bundesrat aussen vor. Ein Viertel der Wählenden ist somit nicht in der Regierung repräsentiert.

die linke Partei war am 13. Dezember auf Stimmen aus dem rechten Lager angewiesen, um den Sitz des zurücktretenden SP-Magistraten Alain Berset in den eigenen Reihen zu halten. Dies trug ihr seitens der Grünen den Vorwurf ein, ihre Seele dem «Macht-kartell» verkauft zu haben.

Im Dilemma steckten die Sozialdemokraten nicht zuletzt wegen des Wahlprozederes. Der vakante SP-Sitz stand an letzter Stelle auf der Traktandenliste – also nach den Bestätigungswahlen der bisherigen sechs Regierungsmitglieder. Die Partei musste deshalb befürchten, von SVP und FDP abgestraft zu werden, wenn sie zuvor die Kämpfkandidatur der Grünen allzu offensiv unterstützt hätte. Dieses Stillhalte-Kalkül ging auf: Das Parlament wählte schliesslich einen der beiden offiziellen SP-Kandidaten zum Nachfolger von Alain Berset.

rat. Überhaupt sind mit ihm die urbanen Zentren wieder besser in der Bundesregierung vertreten. Auch endet mit dem Abgang des Freiburgers Alain Berset die vorübergehende Mehrheit von Romands und Tessinern im Bundesrat: Fortan stammen vier der sieben Regierungsmitglieder wieder aus deutschsprachigen Regionen. Dazu gehört auch die Walliserin Viola Am-

tor Rossi von den Grünliberalen. Damit eroberte erstmals ein Mitglied einer Nichtregierungspartei den Posten im Zentrum der Macht. Als Chef der Bundeskanzlei ist Rossi künftig auch für das Vorantreiben des elektronischen Abstimmens (E-Voting) verantwortlich. In einer Vorwahl-Umfrage der Auslandschweizer-Organisation versicherte Rossi, den eingeschlage-

SP	SP	Die Mitte	FDP	FDP	SVP	SVP
Elisabeth Baume-Schneider	Beat Jans	Viola Amherd	Karin Keller-Sutter	Ignazio Cassis	Albert Rösti	Guy Parmelin
Departement des Innern (EDI)	Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)	Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)	Finanzdepartement (EFD)	Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)	Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)	Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Neues Gesicht im Bundesrat

Das Rennen machte der bald 60-jährige Basler Regierungspräsident und frühere Nationalrat Beat Jans. Der SP-Mann präsentierte sich als Brückebauer und versprach eine Amtsführung der «offenen Türen». Mit Jans stellt der Stadtkanton erstmals seit über 50 Jahren wieder einen Bundes-

herd (Mitte), die 2024 die Regierung präsidiert.

Das Parlament wählte zudem einen neuen Bundeskanzler, der als Stabschef die Regierungsgeschäfte koordiniert. Auf den abtretenden Walter Thurnherr, welcher der Mitte-Partei angehörte (Porträt siehe «Revue» 6/2023), folgt sein Stellvertreter Vik-

ten Weg fortsetzen zu wollen. Es sei offensichtlich, dass «die elektronische Stimmabgabe für viele Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ein wichtiges Instrument für die politische Mitbestimmung darstellt». Richtig sei daher, dass die im Ausland wohnhaften Stimmberechtigten zur priorisierten Zielgruppe gehörten.

Relativierter Rechtsrutsch

Bei den eidgenössischen Wahlen vom Herbst 2023 ging die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) im Nationalrat als klare Siegerin hervor (siehe «Schweizer Revue» 6/2023). Im Ständerat, der zweiten Parlamentskammer, wurde der Siegeszug der grössten Rechtspartei aber gebremst. In mehreren Kantonen scheiterten SVP-Kandidaten trotz aussichtsreicher Position jeweils im zweiten Wahlgang, so insbesondere im Kanton Zürich.

Auch die FDP blieb weit hinter ihren eigenen Erwartungen zurück.

Im Gegenzug baute die Mitte ihre führende Rolle im Ständerat aus. Im linken Lager festigte die SP ihre Position, während die Grünen weiter verloren. Zurück im Ständerat sind die Grünliberalen (GLP). Die Verteilung der 46 Ständeratssitze im Detail – im Vergleich zu den Wahlen 2019: Mitte 15 Sitze (+2 Sitze), FDP 11 (-1), SP 9 (-), SVP 6 (-), Grüne 3 (-2), GLP 1 (+1), MCR 1 (+1).



Im Gesamtbild zeigt sich, dass der Ständerat auch künftig von konservativen Kräften dominiert wird. Doch wird die Mitte noch stärker als bisher das Zünglein an der Waage spielen. (TP)

Alle Wahlresultate von Nationalrat und Ständerat im Überblick: www.wahlen.admin.ch/de/ch/